

Grenzen des staatlichen Schulsystems

Aus „7 Perspektiven zur freien Schulwahl“, <http://www.elternlobby.ch/argumente/7-perspektiven/>

Im internationalen Leistungsvergleich (PISA) steht unser Bildungssystem verhältnismässig gut da. Mit Recht können wir stolz sein auf unser duales System im nachobligatorischen Bereich. Der relative Erfolg verleitet aber leider dazu, die Grenzen unseres Systems zu ignorieren. Es gibt deutliche Anzeichen für die Existenz von solchen Grenzen. Hier seien einige genannt:

Sitzen bleiben: Das verlorene Schuljahr

Gemäss einer Studie der Uni Freiburg repetiert in der Schweiz fast jedes fünfte Kind ein Schuljahr. Umfangreiche Studien zeigen indessen, dass solche Massnahmen in der Regel dem Kinde nichts bringen. Ein Repetent kostet aber in der Schweiz den Staat 24'000 Franken.

5000 Schulabbrecher pro Jahr

Eine weitere Studie der Uni Freiburg (Margrit Stamm) hat gezeigt, dass in der Schweiz jedes Jahr ca 5000 Jugendliche frustriert die Schule abbrechen. Das sind über 5% der Schüler eines Jahrgangs. Die unzureichende Schulbildung von rund 20% der Schulabgänger – nicht nur von Schulabbrechern - kostet unsere Gesellschaft jährlich hunderte von Millionen Franken.

Zunehmende Heterogenität

Der ehemalige Professor für Wirtschaftspädagogik und HSG-Rektor Rolf Dubs äusserte sich in einer Tageszeitung zur Frage, wie sich der Lehrberuf verändert hat, wie folgt: „Er ist ungeheuer anspruchsvoll geworden. Ich kann das selber beurteilen, weil ich noch immer hin und wieder Stellvertretung mache für meine Tochter, um den Kontakt zur Praxis nicht zu verlieren.

Vor allem die Heterogenität der Klassen macht den Lehrerinnen und Lehrern zu schaffen.

Deshalb wird die Überbeanspruchung gerade für die gewissenhaften Lehrpersonen in Zukunft zum grossen Problem werden“.

Therapiewahn

Heute wird noch versucht, die genannte Heterogenität mit teuren sonderpädagogischen Massnahmen in den Griff zu bekommen. Wenn im Kanton Zürich über 50% der Primarschüler zeitweise solche Massnahmen benötigt, um einigermaßen über die Runden zu kommen und der Kanton dafür jährlich ca 400 Mio. Franken aufwendet, sollte ernsthaft nach neuen Wegen gesucht werden.

Notwendige Diversifizierung des öffentlichen Bildungswesens

All dies zeigt: Die an unser Schulsystem geknüpfte Erwartung, allen Kindern eine optimale Schulbildung zu vermitteln, kann nicht erfüllt werden. Eine erhebliche Minderheit fällt gewissermaßen „zwischen Stuhl und Schulbank“. Der Grund dafür liegt nicht in einer mangelhaften Qualität unserer Schulen, sondern in der sehr unterschiedlichen Entwicklung und Begabung der Kinder. Entsprechend verschieden sind auch ihre Bildungsbedürfnisse.

Ebenso wenig wie ein Schuhmodell für alle Füsse passt, kann ein Schulmodell den Bildungsbedürfnissen aller Kinder gerecht werden. Es braucht dazu Schulen mit verschiedenen pädagogischen Konzepten und Schwerpunkten. Während beispielsweise viele Kinder in einem Modell mit vorwiegend Frontalunterricht sich gut entwickeln, gibt es andere, die in einem Modell mit selbst gesteuertem Lernen sich dank individuellem Lerntempo besser entfalten können. In einem vielfältigen Bildungssystem, in dem jedes Kind eine ihm entsprechende Schule besuchen kann, erübrigen sich viele der teuren sonderpädagogischen Massnahmen.

Freie Schulwahl

In einigen grösseren Gemeinden gibt es bereits heute staatliche Schulen mit verschiedenen Profilen. Beispiele: Köniz BE (Oberstufe), Wil SG. Ferner gibt es manche nichtstaatliche Schulen mit alternativen Konzepten. Beispiele: Montessori- und Steiner-Schulen. Doch eine Vielfalt von Schulmodellen nützt nichts, wenn die Kinder, bzw. ihre gesetzlichen Vertreter, die Eltern, nicht eine für sie geeignetes Modell wählen können. Nichtstaatliche Schulen, welche wie die staatlichen Schulen alle Kinder unentgeltlich aufnehmen möchten (sog. [Freie Schulen](#)), sollten deshalb mit einer Schülerpauschalen öffentlich finanziert werden. Die Erfahrungen vieler Länder mit freier Schulwahl zeigen: Die grosse Mehrheit der Eltern wählt die nächstgelegene Schule. Auch bei einer freien Schulwahl wird die heute vom Staate zugewiesene Schule die Regelschule bleiben. Manche Kinder werden aber bessere Entwicklungsmöglichkeiten finden.